

Quelle: NZZ vom 1.3.2018

Dringliche Debatte zum Fall Postauto

Nationalrat macht Druck

Lukas Mäder, Bern

Der Fall von unzulässigen Umbuchungen bei der Postauto AG wird in der laufenden Session in Bern ausführlich zu reden geben. Alle sieben Fraktionen im Bundeshaus haben zum Thema dringliche Interpellationen eingereicht. Das Büro des Nationalrats wird nun am Mittwochmorgen darüber entscheiden, ob am Mittwoch der letzten Sessionswoche eine dringliche Debatte stattfindet. Laut mehreren Mitgliedern des Büros hat man sich informell bereits darauf geeinigt.

Kritik an Post-Untersuchung

Ein Teil der Debatte wird sich um die Aufarbeitung des Falls drehen: Die Fraktionen wollen vom Bundesrat Auskünfte zu Verantwortlichkeiten bei der Post, zu Gewinnzielen des Bundes sowie zu den Aufsichtsgremien. In den nächsten knapp zwei Wochen wird der Bundesrat hierzu kaum neue Erkenntnisse präsentieren können. Erst am Dienstag hat er beschlossen, dass das Bundesamt für Polizei (Fedpol) die verwaltungsrechtliche Untersuchung führen wird.

Bereits im Gang ist eine interne Untersuchung der Post, die bei den Fraktionen jedoch auf Kritik stösst. Grund dafür ist, dass sie unter der Leitung von Urs Schwaller steht, dem Verwaltungsratspräsidenten der Post. FDP und SVP bezweifeln deshalb die Unabhängigkeit des Verfahrens. Die SVP hätte einen Alt-Bundesrichter oder einen emeritierten Professor als Leiter der Untersuchung bevorzugt.

Weitere Fragen gibt es zu den Auslandaktivitäten von Postauto in Frankreich. Für SVP-Nationalrat Manfred Bühler sollte die Post hauptsächlich in der Schweiz tätig sein. «Ich wäre schockiert, wenn unzulässige Gewinne in die französische Tochterfirma verschoben worden wären», sagt Bühler. Diese Spekulationen stehen seit Beginn der Affäre im Raum, auch weil in Frankreich noch ein Verfahren gegen die dortige Postauto-Tochter Car Postal hängig ist. Der Vorwurf: Car Postal habe als subventioniertes Unternehmen gegen Wettbewerbsbestimmungen verstossen.

Zukunft des Service public

Ein anderer Teil der Debatte wird die Lehren aus dem Fall für die bundesnahen Betriebe betreffen. Für die SP ist klar, dass die strategischen Ziele des Bundes als Eigner zu ändern sind, wie SP-Nationalrat

Thomas Hardegger sagt. Gewinnziele, Boni oder die Vorgabe, dass der Unternehmenswert zu steigern sei, lehnt er ab. Die SP will auch, dass sich die Führungen von Post, Swisscom oder SBB dem Service-public-Gedanken verpflichtet fühlen.

Lieber weniger statt mehr Staatsbetrieb wollen hingegen FDP und Grünliberale. Für Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen, stellt sich gar die Frage nach einer Privatisierung der bundesnahen Betriebe. «Mit entsprechenden Abgeltungen können auch private Anbieter den regionalen Personenverkehr erbringen», sagt er. Analog gelte das auch für die Postfinance, deren Privatisierung die Grünliberalen noch Ende dieser Session in einem Vorstoss fordern wollen.

FDP-Nationalrat Thierry Burkart kritisiert zwar ebenfalls, dass bundesnahe Betriebe häufig auf funktionierenden Märkten mit privaten Anbietern konkurrenzieren. Eine Privatisierung verlangt er dennoch nicht generell. Zuerst müssten die Grundlagen geklärt werden. Dabei soll es auch um den Interessenkonflikt des Bundes gehen, der heute gleichzeitig in der Rolle des Eigners, des Regulators und der Aufsicht fungiert.

In der dringlichen Debatte vom 14. März wird der Nationalrat keine Entscheide fällen – es geht nur um eine Diskussion, die meist auch öffentlichkeitswirksam in den Medien übertragen wird. Dennoch könnte sie der Beginn einer Grundsatzdiskussion sein darüber, was zum Service public gehört und wie bundesnahe Betriebe diesen leisten können.